

Arbeiterstimme

Organzeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Südsachsen

Montag, 8. Juni 1925 Nummer 46

Jahrgang

Montag, 8. Juni 1925

Nummer 46

Der Parteivorstand mit den 23

Ein neues Flugblatt der SPD-Fraktionsmehrheit

Die 23 „Rechten“ Sozialdemokraten haben ein neues Flugblatt herausgegeben, in dem sie ihre Politik gegen die Linken schärfen, in dem sie aber vor allen Dingen bewellen, daß der Parteivorstand mit den 23 zusammengeht. In dem Flugblatt, überschrieben „Ein Zehnzungsmemorandum des Parteivorstandes der SPD Sachsen“, erklären die 23, daß sie die Schuld der Linken, daß die Hindenburgkandidatur mit 9000 Stimmen Mehrheit in Sachsen gelangt habe, klar und offen enthalten die 23 ihre kontrarevolutionäre Stellung. Sie erklären, die Linken haben die kommunistischen Minister und den Reichsmehrheitsminister geblüht.

Manchen Leuten ist bekannt, daß der Schwadronier Feigener bereit war, das Berliner Diktat zu schließen. Die Reichswehr wurde aber auf Grund der Erklärung der Weis und Sonnemann und der Kenner herangezogen. Dabei schrieb: „Der Ausnahmestand hat uns gerettet.“

In dem Flugblatt heißt es gegen die Linken, viele haben sie abblagen wollen, aber auf dem Berliner Parteitag eine deutliche Abgrenzung erhalten. Dann sei Ruhe gewesen, bis die Linken von neuem herkommen.

Mit einer letzten unwahrscheinlichen Hebe gegen die angeblich reaktionäre Außenpolitik der Regierung heißt letzte es ein, um in der niemals erfüllt gemeinten Zusage in den Weimarer Abmachungen, in denen man das Mittel für die Ent-

lernung der unbequemen 23 zu finden glaubte, zu enden. Aber diese durchsichtigen die freundliche Absicht und führen im Verein mit dem Parteivorstand ihnen in die Parade.“

Zu dem Ruf der Linken über die Abänderung der Gemeindeverordnungen erklären die 23, dieser sei ein Ablenkungsmanöver, „ein Monstrum an Unwahrscheinlichkeit und Frechheit zugleich“, und wieder wird festgestellt, daß der Parteivorstand die 23 gegen diesen Ruf aufhebt. „Vereits meldet sich der Parteivorstand. Durch eine Erklärung im „Vorwärts“ weiß er die einseitige Durchführung der Parteivorstände zurück und spricht ihnen hörbar in die Suppe.“

Dann folgt die mit der üblichen Frechheit und Demagogie aufgelieferte Behauptung, daß die Gemeindeverordnungsverletzung eigentlich eine Verbesserung sei.

Zum Schluß erheben die 23 Protest gegen die Angriffe der Linken, mit der gleichzeitigen Erklärung, daß die Linken ihre Politik weiter fortsetzen werden. Unterstrichen ist das Flugblatt von 23 Abgeordneten. Der Amisshauptmann Neßlich hat nicht unterschrieben, auch nicht Sachs.

Das Flugblatt legt wieder einmal, wie die „Linken“ dauernd vor dem Parteivorstand zurückgewiesen sind, wie dieser die 23 schützt. Nur die Arbeiter gilt deswegen immer mehr: heraus aus der SPD!

Was ist zu tun?

Von Ernst Schneller.

In der Sitzung des bayerischen Landtages vom 3. Juni wurden zwei Vorlagen zum Abbau der demokratischen Rechte verhandelt:

1. Gesetz zur Abänderung des Landeswahlgesetzes;
2. Gesetz zur Abänderung der Paragraphen 26, 41 und 70 der Verfassung und des Gesetzes über den Staatsgerichtshof.

Von besonderer Bedeutung sind die Bestimmungen der 2. Vorlage. Es heißt da u. a. über die Mandate der Abgeordneten für den Landtag:

„Auf Verlust der Mitgliedschaft des Landtages ist zu erkennen gegen Abgeordnete:

1. welche in gewinnfährlicher Abfahrt ihren Einfluß als Abgeordnete mißbraucht haben;
2. welche die Schweigepflicht verletzt haben;
3. welche wegen eines Verbrechens des Hoch- oder Landesverrats oder wegen Verrats militärischer Geheimnisse rechtlich verurteilt worden sind;
4. welche zum Zwecke der gewaltsamen Aenderung der Verfassung des Deutschen Reiches oder des Freistaates Bayern zum Gehorham gegen andere verpflichtet sind.“

Die Ziffer 3 gilt auch gegenüber Personen, die etwa amnestiert worden sind.

Die Vorgänge in Bayern zeigen den Arbeitern im ganzen Reich den Weg, der eingeschlagen werden soll. Reichsinnenminister Schiele selbst hat ja ebenfalls bestätigt, daß es nötig sei, Verfassungsänderungen durchzuführen. Die in Bayern vorgelegenen Verfassungsänderungen richten sich klar und eindeutig gegen die Kommunisten. Selbstverständlich — nach der Ziffer 1 müßten sämtliche bürgerliche oder sozialdemokratische Abgeordnete ausgeschlossen werden. Diese Ausschließung begriffen haben und bereit sind, ihre Geschäfte in einem Arbeiterstaat selbst zu leiten. Diese Ziffer 1 ist nur für Moralprediger zur Verdammung der Gutgläubigen bestimmt — zu gleicher Zeit zur „Hebung“ des Ansehens der durch Anwendung der Ziffern 3 und 4 „geäuberten“ Parlaments.

Wahlrechtstausch und Entsehung der Kommunisten — das ist die nächste Etappe der „Demokratisierung“ Deutschlands; das sind die nächsten Früchte der November-„Revolution“ der SPD!

Was tun in diesem Moment des Angriffs und weiteren Vormarsches der monarchistischen Reaktion die Sozialdemokraten?

Sie haben ihre Freunde an diesen Ausnahmebestimmungen; sie hoffen einen Konfuzanten mit Hilfe der Bourgeoisie erledigen zu können. Nach außen werden sie sich als Verfechter der Demokratie ausgeben.

Ihr jächliches sozialdemokratisches Arbeiter — ihr habt 1924 erlebt, wie die Demokratie „verteilt“ wurde. Denkt an die Opfer der Reichswehr-„Erfolgreiche“ — die durch eure Genossen befohlen war: Ebert, Sonnemann, Schmidt — sie haben zugestimmt. Und dieselben Abgeordneten, die jetzt die jächliche Reaktion gegen die Demokratie unterstützen, sie haben damals unter Jellisches Führung die Gewalttaten der Feigener-Regierung gutgeheißen, die Verfechter der jächlichen Reaktion unterstützen — jede Reaktion, wo sie immer auftritt. In Bayern wird die Regierung held nicht verlesen, den Sozialdemokraten das Beispiel der Regierung selbst in Sachsen vorzuhalten. Bayern und Sachsen — held und Selbst — marschieren in einer Front, auf einer Linie.

Die Geldsüchtigen sollen die Arbeiter sein! Alles Vorgehen gegen die Kommunisten trifft die Arbeiter! 1923: die Reichswehrregulation und das Verbot der SPD. — für die Aufhebung des Achtundstundentages!

Die jegliche Offenheit der Reaktion gegen die Kommunisten soll einer neuen Offenheit des Finanzkapitals vorarbeiten, um die Steuern, Zölle, Aufwertungs- und sozialpolitischen Pläne des Unternehmertums reibungslos durchführen zu können.

Am 18. November schrieb der „Vorwärts“: „Die SPD muß verschwinden, damit die deutsche Arbeiterkraft einig und Regierlich gegen die soziale und politische Reaktion ankämpfen kann.“

Und am 4. Dezember schrieb der „Vorwärts“ über die Klassenjustiz, es sei unerträglich, daß die Treiber und Anführer der „Vulgar“ Abgeordnete seien: „Man solle die Hintermänner!“ Bayern und Sachsen als Vortruppen für Schiefes Reichspolitik!

Und was tut die SPD?

Sie hat bisher Vorparlamente geleistet — sie ist im „roten Sachsen“ unmittelbar an den reaktionären Maßnahmen beteiligt!

Es geht nicht um Parlamentsentscheidungen, es geht nicht um Dinge, die innerhalb der Partei erledigt werden könnten. Das Vorgehen der SPD, geht die gesamte Arbeiterkraft an. Alle Betriebe, alle Gewerkschaften müssen Stellung nehmen.

Für alle Arbeiter muß klar werden, wohnt der Weg der SPD — ebenso klar muß sein: es gilt den

Ein Blutbad der Gebirgs-Polizei in T. tot

Berlin 8. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Am gestrigen Sonntag hat General in T. ein Blutbad unter den Arbeitern angerichtet. Zugleich mit der letzten Angelegenheit und anschließender Jagden wurde der rote Frontkämpfer-Panzer veranlaßt die T. einen Schützengilde auf einem Hügel am östlichen Ende der Stadt ein Schützengilde. Während die Frontkämpfer sich auf einem Sportplatz am westlichen Stadende versammelten, marschierte der Trupp der Schützengilde in provokatorischer Absicht und unter Bedeckung einer etwa 20 Mann starken Gendarmerieabteilung von der Stadt her gegen die roten Frontkämpfer, behaupteten sie als rote Hunde und legten die Gewehre auf sie an. Als die Arbeiter mit empfindenden Zurufen an die Panzergänge anmurrten, die diese Truppen duldeten, sogen diese blutigen und schlingern auf die Arbeiter ein, die über den Sportplatz flüchteten. Sofort schloß die Panzergänge hinter dem Flüchtenden her, von denen einer nach dem anderen hinfiel. Mehr als 20 Arbeiter wurden verwundet, darunter 9 sehr schwer. Ein Arbeiteramateur, der gerade in gebührender Stellung eine Wunde auszuheilen wollte, wurde durch einen Kugelhieb getötet. Es wurden aus einer Entfernung von 12 bis 15 Meter 100 bis 120 Schuß abgegeben worden. Kurz darauf erschienen 2 Panzertanks mit grüner Polier, die sich teilweise in erzogenen Worten über die Panzergänge äußerten. Als einige Panzertanks gleichfalls ihre Funktionen ausübten, schlugen die Panzergänge auf ihre Mikrofonen mit Knudruden wie: „Ihr könnt noch weiter haben! Ihr haben noch was drin in der Brust!“ Erst nach Einstößen der Schuppe war der Abtransport der Verwunden möglich. Das Schützengilde ging nach dem Blutbad in Sonn und Regen auf.

Im Rathaus erheben dann ein kommunistischer Gemeindevorstand und ein kommunistischer Landtagsabgeordneter, die dem Bürgermeister vergeblich die sofortige Suspendierung der schuldigen Gendarmen verlangten. „Die rote Fahne am Montag“ veranlaßt eine ganze Reihe von Jugendgruppenberichten. Die bürgerliche Morgenpresse macht vergebliche Anstrengungen, um den wahren Tatbestand zugunsten der Gendarmen zu verwickeln. Es wird behauptet, daß die Gendarmen zum Schützen berechtigt waren, muß erst untersucht werden.

Zusammenstöße zwischen Faschisten und Frontkämpfern

Sonnabend, 6. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Am Sonnabend und Sonntag fand der von den Monarchisten veranstaltete 104er Tag unter Teilnahme von 2 Kompanien von Reichswehrtruppen, sowie des ehemaligen Kronprinzen von Sachsen, statt, wobei, mit Ausnahme der Proletariatsviertel, Schwarz-weiß-rot geflaggt war. Hatteste auf der ehemaligen 104er Kaserne, die jetzt von Proletariatsviertel beherrscht wird, eine rote Fahne. Unter Führung eines Reichswehroffiziers griffen die Faschisten gegen die Kaserne an, um die rote Fahne herunterzuholen, wurden jedoch von alarmierten Frontkämpfern nach Gebühr empfangen und hartgejagt. Dem Reichswehroffizier wurde der Degen abgenommen. Die roten Frontkämpfer mochten eine machtvolle Gegendemonstration, an der ungefähr 3000 Frontkämpfer teilnahmen. Einige Arbeiter wurden verhaftet, mußten jedoch wieder freigelassen werden.

Faschistenangriff auf das Remschelber Volkshaus

Kemmel, 6. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) In der Nacht vom 6. zum 7. Juni erschienen vor dem Volkshaus einige hunderte Faschisten und versuchten, die Schwarz-weiß-rote Fahne zu hissen. Arbeiter, die alarmiert wurden, hinderten die Faschisten an ihrem Vorhaben. Die Faschisten bewerteten darauf 50 Schüsse ab. Die grüne Sippe riefte ein und verhaftete 20 Arbeiter. Die Faschisten haben 6 Verwundete.

Edmund Stinnes habe, als es zu hinken begann, noch die Automobilhandels-Unternehmungen und die Versicherungen aus der Konsumstoffe herausgeschleust, und erst dann sei man mit der Konsumstoffe getreten. Jeder andere Streik würde für ein solches Vorgehen mehrere Jahre Anstaltstrafe kosten.

Das Zentrum verläßt die Weimarer Koalition

Berlin, 6. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Heute wird im Landtag eine wichtige Zentrumsfraktionsänderung stattfinden. Der „Montag-Morgen“ schreibt dazu: „Wie wir aus unterrichteten Kreisen hören, wird es innerhalb der Zentrumsfraktion zu lebhaften Auseinandersetzungen über die künftige Haltung gegenüber den übrigen Parteien der Weimarer Koalition kommen. Es handelt sich dabei um einen Vorstoß des rechten Flügels gegen die Anhänger der bisherigen Koalitionspolitik mit dem Ziel des Abnehmens nach den nationalistischen Parteien hin.“ Weiter schreibt der „Montag-Morgen“: „Hernes Wählerkreis ist es gelungen, einen, wenn auch schlenmähig geringen Teil der Landtagsfraktion in alter Linie zur bisherigen Regierungspartei zu halten und der Partei gegenüber zu machen.“ Das Blatt schreibt weiter, daß Hernes Landwirtschaftsminister werden möchte.

Der vorsichtige Hindenburg

Berlin. Wie die „Welt am Montag“ von einem Vertrauensmann erfahren, soll Hindenburg als eigentlicher Exponent der Deutschen Reichsregierung sich der Entlassungsmöglichkeit gegenüber mit aller Reife und Vorsichtigkeit halten. Auf keinen Fall könne die Rede davon sein, nach einem möglichen Vorstoß, den Hindenburg einnahm, die rote oder die grüne zu werten.“ Die bei ihm einlaufenden Resolutionen und Telegramme der nationalen Verbände möge Hindenburg gut nicht zur Kenntnis nehmen.

Zum Rach im Stinnes-Konzern

Berlin, 7. Juni. (Eigene Drahtbericht.) Die „Welt am Abend“ weist mit Recht darauf hin, daß die Firma Stinnes eine regelrechte Blüte machte und vor dem Konkurs stand, und daß jetzt das „große Loch“ mit öffentlichen Geldern gestopft werde, die von den Steuerzahlern wieder aufgebracht werden müßten. Das Blatt spricht von einem betrüblichen Konkurs.

Neuflacher Wund und Selbstmord

Koburg, 7. Juni. (WV.) Am benachbarten Gassenberg lachte gestern der 31 Jahre alte, als sehr verächtlich bekannte Reichsmacher Wilhelm Bräuner abends seine von ihm getrennt lebende zweite Frau in Hindenburg bei Sonneberg auf und ermordete sie nach einer Unterredung, indem er ihr die Kehle durchschnitt. Dann lebte er nach Sonneberg zurück und ermordete seine mit ihm in demselben Hause wohnende 71 Jahre alte Mutter, die 41 Jahre alte Schwester, deren 41 Jahre alten Ehemann und die fünf Kinder dieses Ehepaares im Alter von 2-18 Jahren, indem er ihnen in ihren Betten während des Schlafes mit einem Peil die Schädel zertrümmerte. Hiervon erhängte sich der Mörder selbst. Die Leichen wurden heute mittig in das Leichenhaus gebracht, um morgen feiert zu werden. Der Mörder hatte mit seinen ermordeten Verwandten in fortgelegtem Streit gelebt.